

# **Dr. med. Karlgeorg Krüger**

Stellv. Vorsitzender der Fraktion  
Freie Wähler - ESSENER BÜRGER BÜNDNIS (EBB)  
im Rat der Stadt Essen

**Unser Ziel:  
Essen kriegt die Kurve  
schon 2014!**

Rede anlässlich der Beratungen des Haushaltsplanentwurfes  
und des Haushaltssicherungskonzeptes 2012  
im Rat der Stadt Essen

**23. November 2011**

Es gilt das geschriebene Wort  
Sperrfrist: Ende der Rede

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
verehrte Ratskolleginnen und -kollegen,

vor drei Jahren habe ich in meiner Rede zum Doppelhaushalt 2008/9 noch angekündigt, dass wir als damalige Ratsgruppe dem Haushalt nicht zustimmen konnten und das auch nicht getan haben und habe das auch präzise begründet. Das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS war seit seiner Gründung in 2004 der festen Überzeugung, dass dieser Rat nicht die Kraft und den Mut haben würde, die absolut notwendigen und auch schmerzhaften, weil wenig wählerwirksamen Einschnitte durchzusetzen.

Nach der Kommunalwahl 2009 hat sich dann letztendlich unter dem nicht mehr zu leugnenden Druck der miserablen Finanzen ein funktionierendes Bündnis zwischen CDU, Grünen, FDP und EBB zusammengefunden und mit dem gemeinsamen Antrag zum Doppelhaushalt 2010/11 endlich die dringend notwendige Weichenstellung in Richtung des ausgeglichenen Haushalts für die Stadt Essen gestellt. Zur Erinnerung: von 1999 bis 2009 steigerte sich das Haushaltsdefizit um den Faktor 70. Noch einmal in Zahlen, damit es allen weh tut: 1999, also vor 12 Jahren, nahm Essen 25 Mio. € Kassenkredite auf, 2009 und heute belaufen sich die Kassenkredite auf 2 Milliarden Euro!

Das hat u. a. auch zur Folge, dass in der Zeitschrift Capital vom August 2011 Essen im bundesdeutschen Städteranking seit 2001 um ganze 36 Plätze, also von Platz 12 auf Platz 48, abgerutscht ist. Allein von 2009 bis 2011 waren es wieder 3 Plätze nach unten.

Selbst Bielefeld hat nur 20 Plätze seit 2001 verloren. Die Topscorer sind Hamburg, München, Frankfurt und Leipzig, das sich von 2009 bis heute um 15 Plätze verbessern konnte auf Platz 5 des deutschen Städterankings. Leipzig hat am 14.9.2011 einen genehmigungsfähigen Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt und investiert 100 Mio. € in Schulen und Straßen.

Natürlich hat auch Leipzig kräftig von den 800 Mio. € der Stadt Essen profitiert, die im Rahmen des Solidarfonds Deutsche Einheit geflossen sind und die Essen viel nötiger für seine eigene Infrastruktur gebraucht hätte. Übr-

gens hat sich trotzdem die Einkommensschere zwischen Ost und West weiter zu Lasten des Ostens geöffnet. Subventionen führen eben selten zu Wohlstand. Bis 2019 werden für NRW weitere 5 Mrd. € fällig für die neuen Bundesländer. 40 Prozent davon zahlen alleine die Kommunen mit der Folge, dass u. a. Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren keine Schulden mehr aufgenommen hat.

Letztendlich fährt der Zug in Essen aber langsam in die richtige Richtung, der Anfang ist gemacht, das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes in 2015 ist per Ratsbeschluss vom 30.6.2010 eingefordert. Daran werden die vier Partner festhalten, Frau Merkel würde sagen, das ist alternativlos. Die Alternative eines warum auch immer nicht ausgeglichenen Haushaltes wollen und können wir uns nicht vorstellen. Ich erinnere, dass der letzte ausgeglichene Haushalt unter damaliger und alleiniger Führung der SPD im Jahr 1992 verabschiedet wurde, also vor 19 Jahren.

Meine Damen und Herren, es wird Sie nicht überraschen, dass das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS sogar einen ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2014 anstrebt. Ich will Ihnen auch gern verraten, warum wir der Meinung sind, dass wir das auch erreichen können. Wenn man sich die neusten Entwicklungen ansieht, die der Kämmerer vorgetragen hat und auch einen Konsolidierungsbeitrag für alle – und ich betone alle – städtischen Gesellschaften von 2 % pro anno durchsetzt, dann kann uns das gelingen.

Ich weiß, dass die Themen Finanzplanung, Schuldenabbau, Schuldenbremse, Leistungsabbau öffentlicher Dienste etc. für die meisten Politiker keine attraktiven Themen sind. Man blendet sie auch sehr gerne aus zu Gunsten einer immer weiteren Verschuldung durch Kredite, die immer noch von Banken gegeben werden, ich betone noch.

Viele Politiker fürchten wie der Teufel das Weihwasser die Nicht-Wiederwahl, wenn sie den Bürger nicht mit Geschenken beglücken können, die der Wähler und Steuerzahler aber letztendlich selber zahlen muss.

Nicht nur die Linke glaubt, dass Geld wie eine Art erneuerbare Energie vom Himmel fällt und unbegrenzt zur Verfügung steht für soziale Wohltaten, um vordergründig Wähler zu gewinnen.

Es ist aber andererseits sehr zu begrüßen, dass immer mehr Wähler nicht mehr der Meinung sind, dass Politiker, ob in der Stadt, im Land oder im Bund, auf unendlichem Vermögen wie Dagobert Duck sitzen und man sie nur parlamentarisch zum Herausrücken der „Kohle“ zwingen muss durch Drohungen, Beschimpfungen und den immer schön wirkenden Vorwurf eines fehlenden sozialen Gewissens. Aber Gott sei Dank setzt sich die Einsicht der Notwendigkeit zu sparen bei immer mehr Wählern in Bund, Land und in den Kommunen durch. Die vielen Sparvorschläge über die Internetplattform zeigen uns das deutlich.

Die Konsolidierung des Haushaltes muss oberstes Ziel aller Essener gewählter Bürgervertreter im Rat sein. Die zu dieser Haushaltsberatung gestellten Anträge der Linken und der SPD sprechen aber leider eine ganz andere Sprache, nämlich ein klares Weiter so mit der weiteren Anhäufung von Schulden zu Lasten unserer Kinder und Enkel, die das alles bezahlen sollen.

Das hat ja bisher auch gut geklappt, die Folgen sehen wir in der Stadt, im Land, im Bund, in Europa, in den USA und auch in Japan und sogar im Boomland China deutet sich ein Wetterleuchten in Richtung einer massiven Finanzkrise an.

Schon 2008 habe ich in meiner Rede vor dem jetzt eingetretenen Szenario gewarnt, dass Banken sich aus der Kreditvergabe an öffentliche Kreditnehmer zurückziehen werden. In 2011 ist es prompt und wie vorhergesagt mit einer zwar kleinen Bank, nämlich der WL-Bank aus Münster, passiert, und auch Herr Klieve kann nicht mehr bei allen Banken klingeln und um Geld bitten. Das ist Fakt, auch wenn es weiterhin gilt, dass Deutschland von den vielfach und teils zu Recht kritisierten Ratingagenturen noch, und ich betone noch, das Triple A hat mit der Folge niedrigster Zinsen für Bankenkredite im internationalen Vergleich.

Für die Bundesrepublik wird das Absenken unserer mit viel Fleiß und wirtschaftlichem Ehrgeiz erarbeiteten Bestnote AAA und unseres breiten und in der Geschichte Deutschlands einmaligen Wohlstandes zwangsläufig Folgen haben: drastisch höhere Zinsen für den öffentlichen Finanzbedarf. Der Angriff auf die Goldreserven Deutschlands, also des Eigenkapitals Deutschlands,

ist der aktuell wohl letzte Versuch, Werte der Bürger nachhaltig zu vernichten.

Nun wieder zu Essen!

Essen hat immer noch höchste Schulden, wenn auch der drohende Einstieg in die kommunale externe Zwangsverwaltung in 2010 knapp verhindert werden konnte. Essen ist Bundesmeister mit dem höchsten Kassenkredit einer einzigen Stadt, nämlich mit immer noch über 2 Mrd. €.

Lars Martin Klieve hat in seiner viel beachteten Haushaltsrede vom 12.7.11 die drohenden Horrorszenarien eindrücklich beschrieben. Dass sie nicht eingetreten sind, ist nicht zuletzt der Verdienst des Viererbündnisses mit den gegen starken Widerstand durchgesetzten Ratsbeschlüssen und der starken Leistung und Hartnäckigkeit des Kämmerers. Wir dürfen einfach nicht vergessen, was es heißt, wenn wir weiter in der Überschuldung geblieben wären: fremdbestimmt und politisch selbst völlig handlungsunfähig.

Im Sozial- und auch Personalhaushalt wünschen sich die Sozialpolitiker Wachstum um jeden Preis. Dieses Wachstum würden sie der Wirtschaft aber am liebsten verbieten, obwohl sie gerade starkes Wirtschaftswachstum für die Bezahlung sozialer Leistungen oder Geschenke unbedingt brauchen. Diesen sozialökonomischen Zusammenhang aber blenden sie ideologisch zu gerne aus und wollen ihn auch nicht verstehen.

Das als Gründe für die parlamentarische Ablehnung des Haushaltes 2010/11 vorzugeben durch SPD und Linke ist mehr als abenteuerlich.

Mit der Vorgabe des in 2015 auszugleichenden Haushaltes, was ja nichts anderes bedeutet, als dass in und ab 2015 keine Schulden zusätzlich zu den ja bis dahin weiter bestehenden Schulden gemacht werden müssen, hat sich die Politik ein großes Ziel gesetzt. Aber – und das betone ich – es ist nur ein kleiner Schritt auf dem langen Weg in die am Ende anzustrebende Schuldenfreiheit.

Düsseldorf und Langenfeld und andere Kommunen sind seit Jahren schuldenfrei, wollen es auch bleiben und werden es wohl auch bleiben. Ein Ergebnis

jahrzehntelangen zielgerichteten Handelns. Sie sollten uns als leuchtendes Beispiel dienen.

Unser Eigenkapital schrumpft ständig. Natürlich kann es nur auf dem Papier aufgezehrt werden, denn Straßen und Häuser werden weiter sichtbar stehen bleiben, aber der bilanzielle Wert liegt irgendwann bei 0. Schon allein deshalb ist der Haushaltssausgleich eine absolute Notwendigkeit, um neue Investitionen überhaupt möglich zu machen.

Ob wir es schaffen, neues Eigenkapital aufzubauen, werden die nachfolgenden Generationen von Stadträten in den nächsten Jahren oder besser Jahrzehnten schaffen müssen. Vergessen dürfen wir auch nicht den enormen Investitionsstau unserer kommunalen Infrastruktur. Hier wurde unter dem Druck der konsumtiven Ausgaben in den letzten Jahren und Jahrzehnten die notwendige Erneuerung der Infrastruktur sträflich vernachlässigt. Die Abwassernetze sind in einem erbärmlichen Zustand - 20 Prozent des Abwassers versickert durch Risse und Löcher. Die U-Bahn-Tunnel, U-Bahn-Elektronik, Strassen und Gebäude – alles ist mehr oder weniger marode. Eine Haushaltspolitik à la SPD und Linke würde uns ohne Umwege in die erneute Überschuldung führen. Eigenverantwortlichkeit und Selbstverwaltung der Stadt Essen wären nicht mehr möglich. Die Politik wäre entmachtet. Essen sieht dann bald so aus wie die DDR in ihren letzten Tagen.

Was würde denn mit dem Rat der Stadt, mit den Ausschüssen, mit den Bezirksvertretungen passieren? Sie würden zu bloßen Abnickern oder besser Kenntnisnehmern aufsichtsrechtlicher, also Düsseldorfer Entscheidungen, degradiert und somit überflüssig. Aufwandsentschädigungen fürs Nichtstun können und -dürfen. Also würde das noch nicht einmal Geld sparen.

Wir haben das abgewendet mit der Zustimmung zum Doppelhaushalt 2010/11. Wir haben einen Ratsbeschluss gefasst, dass wir einen Haushaltsausgleich bis 2015 schaffen wollen; und wir werden es schaffen.

Machen Sie sich mal die Mühe, einen Zins- und Tilgungsplan für unsere heute vergleichsweise lächerlichen 3 oder eher 4 Mrd. € Schulden in Essen zu erstellen. Das hat bisher keiner gemacht, aber wenn wir jedes Jahr 100 Mio. € zurückzahlen könnten aus Haben, nicht aus Soll, dann dauert es 30 und

mehr Jahre, bei weniger deutlich länger. Ich kann verstehen, dass Kommunalpolitik für heute und bestenfalls morgen oder übermorgen gemacht wird und es nicht sehr sexy ist, vor seine Wähler mit einem Zins- und Tilgungsplan zu treten und schöne Leistungen wie Schwimmbäder, Sportstätten etc. zu streichen. Essen ist eigentlich reich, aber Sparsamkeit und ein gigantischer Schuldenberg machen leider nicht sexy.

Mit immer höheren Schulden machen wir uns abhängig von Kreditgebern und anonymen Mächten eines Finanzmarktes, die andere Interessen als die Politik haben. Die Politik muss in Berlin und Brüssel und New York und London den Finanzsektor neu ordnen. Der Job des Regulierens liegt eben bei den Regierungen und den nationalen Parlamenten. Dieser Verantwortung sind sie aber nicht nachgekommen. Wir in Essen sind auf dem Weg, unsere Hausaufgaben zu machen.

Die Forderungen aus 2010 in der Haushaltsrede von Udo Bayer gelten auch für das Fiskaljahr 2011/12 uneingeschränkt:

Der Unterausschuss Finanzen und Beteiligungen, der auf Druck des ESSENER BÜRGER BÜNDNIS eingesetzt wurde, muss sich endlich den wichtigen Aufgaben widmen, nämlich der Durchforstung der vielen und nach unserer Meinung zu vielen Beteiligungsgesellschaften der Stadt Essen. Dazu hat das Viererbündnis heute einen Antrag eingebracht, von dem ich hoffe, dass er auf breiteste Zustimmung in diesem Rat trifft. Es kann nicht sein, dass die Stadt wie in diesem Jahr 109,6 Mio. €, netto 80 Mio. €, an Verlustausgleich überweisen muss, finanziert mit Krediten bei nicht ausreichenden Gewinnen anderer Gesellschaften. Jede Gesellschaft muss auf den Prüfstand. Sinn und Zweck müssen hart durchleuchtet werden und Aufgaben nach Pflicht- und Freiwilligkeit überprüft werden. Auch die Rekommunalisierung darf kein Tabu sein, wenn sie denn Sinn macht. Das Dogma mancher Gewerkschaft, dass der öffentliche Dienst es immer! besser macht als die private Wirtschaft, gehört auch auf den Prüfstand an Hand von Leistungskennziffern - und nichts anderes zählt. Es stimmt, dass Private nicht alles besser und billiger machen, aber dass der öffentliche Dienst alle Aufgaben erfüllen muss und dann auch noch Qualitätsbester und Billigster ist, das glaubt doch auch keiner. Zumindest der

Vorteil kommunaler Unternehmen, keine Umsatzsteuer zahlen zu müssen, kann den Preisen und somit dem Bürger nutzen. Mehr Effizienz als bisher und eine klare Absage an den öffentlich-rechtlichen Schlendrian sind aber Mindestvoraussetzungen.

Die Konzentration auf die eigentlichen Aufgaben muss in den Fokus, und auch eine Revision der Strukturen darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die Beteiligungsgesellschaften müssen ihren Beitrag zur Konsolidierung leisten – jede einzelne und damit meine ich auch die Messe.

Ideologie und Klientelpolitik sind der falsche Berater in ökonomischen Fragen und Zeiten wie diesen. Damit dürfte der Unterausschuss gut und nachhaltig beschäftigt sein. Mittelfristiges Ziel muss der Abbau des Verlustausgleiches durch die Stadt Essen auf 0 sein und die Durchforstung und Straffung der Unternehmensziele unter dem Gesichtspunkt städtischer Daseinsvorsorge. Ein erkennbarer Trend in diese Richtung ist zumindest erfreulich.

Aber die Beteiligungen und die Sondervermögen der Stadt müssen endlich aktiv mit in die Haushaltskonsolidierung eingebunden werden und somit auch langsam ihren Beitrag zur Entschuldung der Stadt leisten. Auch das ist eine alte Forderung des EBB.

Die Stadt Essen ist kein Konzern, wenn sie es tatsächlich wäre, wäre sie insolvent. Ein Kombinat – und damit greife ich gern die Diskussion mit dem Fraktionsvorsitzenden der Linken, Herrn Leymann-Kurtz auf - ein Kombinat passt semantisch wirklich besser als Definition für die kommunale Verwaltungsstruktur, steht doch in Wikipedia geschrieben:

„Ein Kombinat war eine konzernartige, also horizontal und vertikal integrierte Gruppe von Volkseigenen Betrieben der DDR mit ähnlichem Produktionsprofil“. Das passt auch fast auf Essen.

Leider, meine Damen und Herren, ist der Begriff historisch gründlich verbrannt. Konzern passt aber auch nicht, also sagen wir doch einfach Stadtverwaltung.

Unsere alte EBB-Forderung nach dem sogenannten Zero-Budgeting gilt ebenfalls uneingeschränkt weiter. Was heißt das?



Es heißt ganz einfach ein radikales Umdenken öffentlicher Finanzplanung, also weg vom aktuellen und wie in der DDR zugeteilten Budget eines Geschäftsbereiches mit regelmäßigem Steigerungsansatz von einem auf das andere Jahr. Das bedeutet: Planung von Grund auf neu, auf der Basis immer wieder neu zu definierender Aufgaben, mit Überprüfung jedes einzelnen Postens, also Planung von 0, eben von Zero aus! Das verlangt viel Hirnschmalz, Arbeit und Kreativität, hat aber den Vorteil der Flexibilität der Budgets. Natürlich ruft das hohe Widerstände in den eigenen Reihen und auch vielleicht bei den Spitzen der Verwaltung hervor, die ja selber entgegen der Lehre in allen Verwaltungslehrgängen radikal umdenken und das dann noch in einem anstrengenden Prozess von oben nach unten kommunizieren müssten. Für eine solche und weitere Aufgaben gehören sie m. E. in eine ganz andere Gehaltsklasse! Das würde sich sogar rechnen.

Lassen Sie mich zum zentralen Punkt kommen: Die Zukunfts- und die Handlungsfähigkeit der Stadt entscheiden sich am zentralsten aller Haushaltsposten: am Personalhaushalt.

Der Beschluss steht: 1.000 Stellen sollen eingespart werden bis 2015. Wenn man allerdings die Reden und das Handeln von Links und von Seiten der Gewerkschaft hört, dann hat man das Gefühl, dass diese Vorgabe verantwortungslos sei, als wenn die Stadt in die totale Handlungsfähigkeit geführt werden soll. Was für ein Unsinn! Bis jetzt sind allerdings erst 87,44 vollzeitverrechnete Stellen abgebaut worden. Daran muss gearbeitet werden: Aufgabenkritik ist das Stichwort.

Das EBB fordert aber auch die Anpassung des kommunalen Politikpersonals und der Bezirke an die schrumpfende Stadt nach dem Motto: Sparen und Schrumpfen fängt oben an, also auch bei der Politik. Dazu werden wir demnächst mit einem Antrag in die Gremien kommen, das kann ich jetzt schon ankündigen. Denn dieser Vorschlag ist der Topvorschlag der Bürgerbefragung durch den Kämmerer mit immerhin 100 Nennungen.

Bochum hat 380.000 Einwohner und eine Ratsvorgabe von 1.100 Stellen bei 5.420 Mitarbeitern in der Kernverwaltung, die mittelfristig und natürlich sozial verträglich abzubauen sind. Das noch einmal zur Klarstellung. Auch wir

als EBB haben nie betriebsbedingte Kündigungen gefordert. Und mit der Abwendung der Überschuldung durch genau diesen 1.000 Stellen-Beschluss wurden immerhin 300 Beförderungen möglich, und es sind wieder Perspektiven da für die anderen 8.700 Stellen.

Im nächsten Jahr wird es Entlastungen geben durch die Entscheidung für die Optionskommune. Der Bund wird sich hier mit 84 Prozent der Kosten in Höhe von ca. 48 Mio. € beteiligen. Zusätzlich gibt es eine Overheadpauschale von 56.000 € zur Finanzierung der übergehenden Stellen.

Aber wir müssen weitergehen auf dem eingeschlagenen Weg, indem wir eine kreative und an die finanziellen engen Möglichkeiten angepasste Personalpolitik betreiben. Stichwort: Aufgabenkritik. Das warme Bett der kommunalen Finanzen wird kälter und es wird höchste Zeit, sich von Aufgaben zu trennen, Überlastungen der Mitarbeiter abzubauen und die Verwaltung zu verschlanken. Die Industrie ist da brutaler, wie z. B. die Ankündigungen des radikalen Stellabbaus von EON und anderen EVUs. Nebenbei sind die Zahlen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in Deutschland von 4.505.000 im Jahr 2008 auf 4.562.000 in 2010 gestiegen also netto um 57.000 - und das bei sinkenden Bevölkerungszahlen. Die NRW-Gemeinden meldeten in 2010 294.115 Beschäftigte und damit 7.000 netto mehr als in 2008!! Dabei sind natürlich auch ca. 1.000 Lehrer, die Schwarz-Gelb auf den Weg gebracht hat. Ver.di kann uns doch nicht weismachen, dass ein Kahlschlag im Personal stattgefunden hat oder auch nur ansatzweise droht, das Gegenteil ist der Fall. Nicht nur Fraktionschef Laumann im Landtag fordert zu Recht: Wenn die Bevölkerungszahl sinkt, muss auch die Verwaltung schrumpfen.

Zum Thema Soziales.

Herr Renzel verwaltet ca. 500 Mio. Euro, die Stadt nimmt in 2010 402 Mio. Euro an Gewerbesteuern ein. Das heißt, dass die gesamten Einnahmen der Gewerbesteuer der Stadt Essen nicht reichen, um den Sozialhaushalt zu finanzieren. In zehn Jahren werden mindestens 5 Mrd. Euro alleine in Essen in nicht investive Leistungen, sondern überwiegend in konsumtive Leistungen gesteckt. Natürlich kommt das aber eher langweilige Argument der schwierigen Lage der Ruhrgebietskommunen nach der jetzt aber schon 45 Jahre zu-

rückliegenden ersten Zechenschließung in Duisburg gebetsmühlenartig auf den Tisch und alle ducken sich weg.

Fakt ist doch – und die neuesten Arbeitsmarktzahlen belegen es eindrucksvoll: Essen leistet sich eine viel zu hohe Arbeitslosigkeit und das auch in Boomzeiten! Im September 2011 betrug die Quote für Essen 11,9 Prozent, in Gelsenkirchen 14,2 Prozent, in Velbert 7,2 und im Bund 6,6 Prozent. Wenn wir uns nur dem Bundesschnitt nähern würden, dann sähe es im Etat von Herrn Renzel erheblich besser aus.

Es sind natürlich die viel zu hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen, die unseren Sozialhaushalt belasten; erschwerend kommt hinzu, dass wir es mit Krediten finanzieren müssen, denn Geld aus Vermögen gibt es dafür nicht ausreichend. In NRW ist die Zahl der Hartz-IV-Empfänger nur um magere 2 Prozent in 2010 gesunken. Die Zahl der über 55-jährigen Arbeitslosen ist um 7 Prozent gestiegen.

Gestatten Sie mir noch einen kurzen Ausflug in die Historie: am 14. August 1985 stellte schon der damals amtierende Oberstadtdirektor Kurt Busch in der WAZ fest:

„Problembereiche des Haushaltes sind die Arbeitslosigkeit und die durch die Arbeitslosigkeit bedingte Steigerung in der Sozialhilfe“. Der städtische Haushalt betrug damals 2,4 Mrd. DM und war natürlich ausgeglichen unter der SPD-Alleinregierung.

Essen alimentiert ca. 120.000 Bürger direkt oder indirekt aus dem Haushalt, ohne dass hier Steuern generiert würden. Der Sozialhaushalt finanziert damit auch - und das sehr teuer - die Essener Geschäftswelt aller Facetten. Das kann und darf so nicht weiter gehen. Der Sozialhaushalt ist kein Konjunkturprogramm. Auch das ist nicht alternativlos. Der Umstieg auf die Optionskommune in 2012 ist eine große Chance, den Arbeitsmarkt in Essen in Bewegung zu bringen, aber sie verlangt auch den Einsatz und das Engagement aller über 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch der ganzen Stadtgesellschaft beim Stemmen dieser Aufgabe. Wir müssen unter die 10 Prozentgrenze kommen, der nächste Abschwung steht kurz vor der Tür.

Es wird höchste Zeit, auch im Sinne eines sozialen Zero-Budgetings über die Zukunft der kommunalen Sozialsysteme nachzudenken. Schröder hatte ja den prinzipiell richtigen Ansatz des Forderns und Förderns in der Agenda 2010!

Zum Thema ÖPNV und Verkehr:

Auch im Öffentlichen Nahverkehr brauchen wir, meiner Meinung nach, einen neuen Ansatz. Dicke leere und teure warme Luft in modernsten Bussen in Takten aus der Nachkriegszeit durch die Stadt zu schieben, ist doch nicht kreativ und kostet Essen immerhin 80 Mio. Euro pro Jahr an Subventionen aus Krediten. Zur Erinnerung: Der ÖPNV ist keine Pflicht, sondern eine freiwillige Leistung der Kommunen.

Warum nicht eine intelligente telematische Verkehrsvernetzung unter Einsatz modernster Elektromobilität? China macht das schon in einigen Kommunen mit hoch effektiven Elektrotaxen. Hier könnte das Ruhrgebiet mit seinen massiven und ungelösten Verkehrsproblemen Vorreiter sein, auch für die CO2-Diskussion.

Ein anderes Thema: Energie:

Essen ist und bleibt die Energiestadt. Nicht nur, weil wir die größten Energieunternehmen in unseren Stadtmauern haben. Allerdings werden ihre Gewinne sinken, denn es gibt schon einige kleine Erfolge im Rahmen der energetischen Sanierung unserer städtischen Gebäude. Bisher wurden 230.000 Euro an Einsparungen bei den Energiekosten der 1.200 Immobilien pro Jahr erzielt. Das sind immerhin ca. 1 Mio. Kilowattstunden weniger als früher, aber wir verbrauchen und kaufen immer noch ca. 48 Mio. KW pro Jahr ein. Ein Drittel davon alleine wird für unsere Schulgebäude gebraucht – von denen inzwischen immer mehr überflüssig werden. Zum Vergleich brauchen wir aber nur 480.000 KW, also 1 Prozent der gesamten gekauften Energie, für alle Essener Ampeln pro Jahr.

Die Immobilienwirtschaft ist auf dem richtigen Weg, aber er muss noch viel energischer und energetischer beschritten werden. Da liegt viel Geld auf der Straße. Oder besser: es steht in Form von leeren Gebäuden herum, die drin-

gend durch eine aggressive Vermarktung und Verkäufe zur Sanierung des städtischen Haushalts beitragen müssen. Auch im Gebäudebestand muss es heißen: Konzentration auf die Kernflächen bei sinkendem Bedarf an Flächen für weniger Personal und zukünftig dafür dauerhafte und geringere Kosten für den Unterhalt öffentlicher Gebäude.

Und auch die STEAG kriegt ein halbes Jahr nach dem 51-Prozent-Erwerb schon die ersten negativen Schlagzeilen, auch von unserem OB. Dieser Deal ist eine Schuhnummer zu groß für die Ruhrgebietskommunen wie von mir am 23.2.11 im Rat vorhergesagt. Personalabbau steht im Raum und ein strategischer Partner wird dringend gesucht, um nicht in der Energieregionalliga stecken zu bleiben oder gar mit Verlusten zu Lasten der städtischen Finanzen abzustiegen! Bochum hat sich ihren Anteil am STEAG-Kauf 117 Mio. Euro kosten lassen. Die seit einem Jahr bestehende Funkstille der STEAG hat kürzlich zu großem Unmut im Bochumer Rat geführt, was die bisherige Nicht-Umsetzung des Bochumer Ratsbeschlusses vom 16.12.10 bis heute angeht. Ich denke, auch die Essener Politik will endlich Taten sehen.

Nächstes Thema: Wohnen und Bauen:

Essen hat über 100.000 Einpendler. Warum schafft man es nicht, sie hier anzusiedeln? Essen hat sehr attraktive Wohngebiete, aber zu wenig attraktive und bezahlbare Grundstücke. Für einkommensschwache Familien sind gerade einmal 25 Grundstücke im Bestand der Stadt. Die neuen innerstädtischen Wohngebiete wie die Weststadt und das Univiertel sind doch attraktive Ansätze. Meine Tochter ist aus dem für sie langweiligen Bredeney in die Weststadt gezogen und fühlt sich dort sehr wohl. Ruhige und attraktive Wohnungen mitten in der quirligen Nordweststadt mit der Universität, dem boomenden Einkaufszentrum, dem Colosseum, unserem neuen Jugendzentrum in den Weststadthallen und dem erblühenden Thyssenquartier sind ein städtebauliches Highlight.

Da gibt es für die EWG und andere noch viel zu tun. 100.000 Einpendler sind eine Menge potentielles Geld, aber solange sie nur rein- und rauspendeln, hat die Stadt nicht viel davon.

Der demographische Wandel ist ein beliebtes Thema, aber wenn man immer nur klagt, kommt man nicht weiter. Er muss doch als Chance gesehen werden. Hier gibt es viel zu tun, zum Beispiel bei der Förderung neuer Wohnprojekte. Das hat der ALLBAU erkannt und interessante Ideen geliefert. Aber das kann nur der Anfang sein.

Mit dem Stichwort „Bauen“ komme ich zu einem weiteren Ärgernis bei den städtischen Finanzen: bei allen Bauvorhaben kann man immer schon beim Baubeschluss davon ausgehen, dass die Maßnahme am Ende teurer sein wird. Ich frage mich: Muss das sein? Das RWE-Stadion ist nämlich ein weiteres Negativbeispiel öffentlicher Finanzplanung und ein ärgerliches Déjà-vu. Warum können Baulose und öffentliche Bauten nicht auf der Basis von Festpreisen ausgeschrieben und erstellt werden? Herr Beitz hat einen Festbetrag vorgegeben und das schöne Folkwang-Museum steht. Höhere und wie immer unerwartete investive Nachzahlungen gab es nur auf städtischer Planungsseite. Wermutstropfen sind aber bei unseren schönen Neubauten die jährlichen Folgekosten, die in die Millionen gehen und auch bei Geschenken bezahlt werden müssen. Das RWE-Stadion wird ein paar Milliönchen mehr kosten, sicher, aber es sind letztlich trotzdem nachhaltige und nicht nur konsumtive Belastungen.

Ich komme zum Thema Wirtschaft:

Obwohl wir über eine renommierte Universitätsklinik und andere, teils hervorragend aufgestellte Krankenhäuser verfügen, hat uns das kleinere Bochum den Rang abgelaufen. Hier sind im Umfeld der Ruhruniversität Bochum viele hoch innovative Medizinfirmen angesiedelt, die als startups vor Jahren angefangen und teils heute internationale Bedeutung haben. Warum sind die nicht in Essen? Da wurde viel versäumt, nicht was die Wissenschaft und das Können der Beteiligten angeht, sondern der mögliche ökonomische Benefit.

Der Geschäftsführer der Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Dr. Düdden, hat Essen als „die dynamische Wirtschaftsmacht“ beschrieben. Auch er hat sich zum Ziel gesetzt, die überschießenden Einpendler als Essener Bürger zu gewinnen. Das geht aber nur durch mehr Arbeitsplätze. Wie das im Essener Wirtschaftsleben schlummernde Potenzial zur Entfaltung gebracht wer-

den kann, wird er uns am 1. Dezember in unserem 7. ESSENER BÜRGER DIALOG im Schloß Borbeck genauer erläutern. Sie sind herzlich eingeladen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Eine wachsende Wirtschaft hat unweigerlich auch Auswirkungen auf die Gewerbesteuer. Die wird in 2012 aber erst einmal drastisch einbrechen. Die Kämmerei rechnet mit 330 Mio. €, netto nur 280 Mio. €, in 2012. In 2009 und 2010 waren es noch 400 Mio. €. Die Energiewende wirft ihre dunklen und wohl teuren Schatten! Das Betriebsergebnis alleine bei RWE ist in den ersten 3 Quartalen von 2011 um 30 Prozent eingebrochen.

Die Dividende beträgt in 2011 geschätzt immerhin noch 2,20 Euro pro Aktie nach 3,50 Euro in 2010 bei einer Dividendenrendite von 7,8 Prozent. Damit ist RWE immer noch Spitzenreiter im DAX, die Entscheidung des Kämmers, die Aktien zu halten, war und ist richtig.

Auch wenn die Schlüsselzuweisungen des Landes um ca. 20 Mio. € auf 320 Mio. € in 2012 steigen werden, wird unter dem Strich ein deutliches Einnahmeloch kommen von ca. 100 Mio. €. Aus dem lächerlichen „Raus aus den Schulden-Minisolidarfonds“ des Landes NRW gibt es ja auch keinen einzigen Cent. 350 Mio. Euro sollen u. a. Städte wie Duisburg bekommen, die jetzt schon kein Eigenkapital mehr haben. Bei 53 Mrd. € Schulden der 396 Rat- und 31 Kreishäuser sind das lächerliche Beträge, gerade einmal 0,6 Prozent, die nur die Kommunen, die sich nicht angestrengt haben Schulden abzubauen, bekommen sollen! Faulheit lohnt sich also doch, jetzt auch auf kommunaler Ebene. Fleiß wird bestraft. Trotzdem wird der Kämmerer das Defizit in 2012 wie in diesem Jahr schon unter die angesetzten 264 Mio. € drücken. Das schafft er, aber eben nur, wenn wir ihm nicht mit teuren Anträgen der Linken in die Parade fahren.

Herr Kliewe prognostizierte kürzlich ein Defizit von 221 Mio. € in 2012, von 49 Mio. € in 2013, von 30 Mio. € in 2014 und von 11 Mio. € in 2015, wenn alle ihre Beiträge leisten. Deswegen ist ein Haushaltsausgleich auch schon im Wahljahr 2014 möglich. Wir streben das an.

Was den gesamten Schuldenabbau angeht, hat Essen noch einen jahrzehntelangen Weg vor sich. Nur wenige aus dem heutigen Rat werden das noch erleben. Aber für den radikalen Weg der Entschuldung gibt es keine Alternative, es sei denn, alles bricht im Rahmen einer weltweiten Währungsreform des Euro, des Dollars und des Yens zusammen. Ausgeschlossen ist das leider nicht!

Frank Schirrmacher in der FAZ vom 13.11.11:

„Längst hat diese Schuld zu einem autoritären Zuwachs des Staates geführt, der jetzt zunehmend unkontrolliert Opfer verordnen kann und vor allem wird. Noch haben die meisten Deutschen das Gefühl, dass sie die Schulden abbezahlen können. Ändert sich dies, ändert sich alles.“